

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

EDU SG: Achtungserfolg gegen Kita-Gesetz

Die EDU Kanton St. Gallen engagierte sich zusammen mit EDU-Kantonsrat Heinz Herzog an vorderster Front gegen ein Gesetz über Beiträge für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung. Statt immer mehr teure Fremdbetreuungsangebote einzurichten, setzt sich die EDU für Massnahmen ein, um Familien, die ihre Kinder selbst betreuen, Wertschätzung entgegenzubringen und finanzielle Entlastungen ohne weitere Ausgaben zu ermöglichen. Leider wurde das «Kita-Gesetz» am 14. Juni 2026 im Kanton St. Gallen mit einem Ja-Anteil von 57,8 % angenommen. Einzig im Wahlkreis Toggenburg resultierte eine Nein-Mehrheit von 52,8 %. Auch wenn, das Referendum letztlich keine Mehrheit im Volk fand, war die Zustimmung für die EDU dennoch ein Achtungserfolg.



Spezieller Besuch im Bundeshaus

In der Sommersession hat uns **Richard Wiskin** (ein in der Schweiz lebender Kanadier) im Bundeshaus besucht. Das hat uns besonders gefreut und Erinnerungen an seine vielbeachteten Vorträge zu Schöpfung, Evolution und Sintflut geweckt.
Nationalrat Erich Vontobel

VÜPF: Auf leisen Sohlen zum Überwachungsstaat?

Das Justizdepartement unter Bundesrat Beat Jans hat einen Entwurf für eine neue Verordnung namens «VÜPF» erarbeitet. Dieses sperrige Kürzel steht für Verordnung über die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs und dahinter verbergen sich Massnahmen, welche die Privatsphäre der Schweizer Bevölkerung auf ungerechtfertigte Weise einschränken sollen. Geplant ist demnach laut einem Bericht der «Republik» vom 7. Mai 2026, dass kleine E-Mail-Anbieter, Messenger-Dienste und VPN-Anbieter verpflichtet werden sollen, alle Nutzer zu identifizieren, IP-Adressen und Verbindungsdaten sechs Monate lang zu speichern und die eigene Verschlüsselung so umzubauen, dass der Staat mitlesen kann. Damit wäre die Schweiz auf dem besten Weg direkt in den Überwachungsstaat. Dagegen ist Widerstand nötig. *Quellen: republik.ch, citizengo.org*

Transparente Moscheefinanzierung schafft Vertrauen

Das Egerkinger Komitee hat über ihre Nationalräte Therese Schläpfer und Thomas Knutti in der Sommersession 2026 mehrere parlamentarische Vorstösse eingereicht, die darauf abzielen, die Einflussnahme des politischen Islam in der Schweiz zurückzudrängen. Einer der Vorstösse will beispielsweise den Bundesrat verpflichten, bei Moscheen und islamischen Zentren die vollständige Offenlegung der Finanzierung – auch aus dem Ausland – zur Bedingung für jede Bewilligung zu machen. Begründet wird dies mit dem wachsenden Einfluss ausländischer Staatsapparate wie die staatliche türkische Religionsbehörde Diyanet oder die Golfstaaten auf Muslime in der Schweiz. Parteien, Stiftungen und Parlamentsmitglieder müssen sich in der Schweiz bei Finanzierungsfragen längst an Transparenzrichtlinien halten. Das gleiche soll auf für islamistische Finanzströme gelten.

Weitere Infos: www.egerkingerkomitee.ch/aktuell